

ZVO-Positionspapier zum geplanten EU-USA-Zollabkommen (Stand: August 2025)

1. Einleitung

Der Zentralverband Oberflächentechnik e.V. begrüßt grundsätzlich die Bemühungen der Europäischen Kommission und der US-Regierung, bestehende Handelskonflikte abzubauen und den transatlantischen Dialog zu stärken. Ein verlässliches und partnerschaftliches Verhältnis zwischen der EU und den USA ist von zentraler Bedeutung für den Wohlstand, die wirtschaftliche Resilienz und die technologische Souveränität beider Seiten – insbesondere in Zeiten globaler Machtverschiebungen und zunehmender geopolitischer Spannungen.

Industriepartnerschaft statt Einzelinteressen

Aus Sicht der europäischen Industrie – und insbesondere des innovativen, mittelständisch geprägten Sektors – ist jedoch entscheidend, dass ein künftiges Zollabkommen nicht als bilateraler Kuhhandel einzelner Industriezweige verstanden wird. Vielmehr muss die Europäische Union in der Lage sein, als geschlossene Wirtschafts- und Wertegemeinschaft aufzutreten und ihre industriepolitischen Interessen im transatlantischen Verhältnis strategisch zu vertreten.

Eine starke europäische Verhandlungsposition erfordert dabei Klarheit über die eigene industrielle Wertschöpfung, gezielte Unterstützung innovativer Schlüsseltechnologien – wie sie im Bereich der Oberflächentechnik etwa für die Automobil-, Halbleiter- oder Medizintechnik essenziell sind – sowie ein hohes Maß an interner Kohärenz innerhalb der EU-Mitgliedstaaten.

Dringender Appell für ein umfassendes transatlantisches Handelsabkommen

Die derzeitigen sektoralen Einzelabkommen zwischen EU und USA – insbesondere im Bereich Industrieprodukte, Rohstoffe oder grüner Technologien – können nur ein erster Schritt sein. Notwendig ist der politische Wille, die Verhandlungen zu einem umfassenden transatlantischen Handelsabkommen wiederaufzunehmen und zeitnah zu einem Ergebnis zu führen. Das vor einigen Jahren nicht zu Ende gebrachte TTIP-Abkommen kann dabei als Blaupause dienen: Es ging nicht um eine Absenkung von Standards, sondern um die gegenseitige Anerkennung gleichwertiger Normen, eine Reduktion unnötiger Handelshemmnisse und den Schutz europäischer wie amerikanischer Interessen in einem sich verschärfenden globalen Wettbewerb. Seit der Ablehnung von TTIP hat sich die welt- und handelspolitische Lage deutlich verändert. Freihandel und internationale Partnerschaften werden in Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen immer wichtiger. Die heutige Umsetzung eines solchen Abkommens würde nicht nur regulatorische Klarheit für Unternehmen schaffen, sondern auch einen verlässlichen Ordnungsrahmen für Handel,

ZVO-Positionspapier zum geplanten EU-USA-Zollabkommen (Stand: August 2025)

Investitionen und Innovation zwischen den beiden größten Wirtschaftsräumen der Welt etablieren – ein dringend notwendiger Schritt in einer multipolaren Weltordnung.

Keine strukturelle Benachteiligung europäischer Schlüsselindustrien

Im Rahmen des aktuell in Verhandlungen befindlichen Zollabkommens ist sicherzustellen, dass es nicht zu einer strukturellen Benachteiligung europäischer Industrien durch asymmetrische Zollvergünstigungen kommt. Eine Zollbefreiung für ausgewählte US-Importe darf nicht zu Wettbewerbsverzerrungen auf dem Binnenmarkt führen oder bestehende Lieferketten europäischer Unternehmen gefährden.

Ziel der Verhandlungen sollte der umfassende Abbau jeglicher tarifären Handelshemmnisse sein. Zölle, egal in welcher Höhe, schränken den transatlantischen Handel ein und führen zu höheren Endverbraucherpreisen. Dies kann nicht im Sinne der transatlantischen Beziehungen sein.

Die Oberflächentechnik ist auf stabile, faire und vorhersehbare internationale Handelsbeziehungen angewiesen. Zahlreiche Unternehmen in der Branche sind tief in globale Wertschöpfungsketten eingebunden – sowohl als Zulieferer von Schlüsselkomponenten als auch als Anbieter von Hochtechnologie für energie- und ressourceneffiziente Produktionsprozesse.

Für eine eigenständige europäische Industriepolitik

Das geplante Abkommen sollte daher nicht losgelöst von einer eigenständigen europäischen Industrie- und Handelspolitik betrachtet werden. Es gilt, europäische Interessen in ihrer Gesamtheit zu definieren und zu vertreten – von Rohstoffzugängen über Technologieförderung bis hin zur Sicherung industrieller Produktionskapazitäten auf dem Kontinent. Nur so kann Europa dauerhaft auf Augenhöhe mit globalen Wirtschaftsmächten verhandeln.

Fazit

Der ZVO plädiert für ein ausgewogenes, industriepolitisch durchdachtes und strategisch eingebettetes Handelsabkommen zwischen der EU und den USA. Handelsliberalisierung darf kein Selbstzweck sein – sie muss dazu beitragen, europäische Technologie- und Produktionsstandorte zu stärken, transatlantische Partnerschaften zu vertiefen und den gemeinsamen Wohlstand beider Regionen nachhaltig zu sichern.